

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Verlagspreis 20

Anzeigen-Gebühr für die
einzelnen Zeilen aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
anderen Raum bei einmali-
ger Einrückung 20 Pf.
bei mehrmaliger, Nach-
nach Tarif. Bei gerich-
terlicher Anzeigung u. Kon-
kurrenz in der Regel höher.

Verbreitete Zeitschrift
im Oberamtsbezirk

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold
Vollstreckungsamt
Stuttg. 5113

Nr. 261

Montag den 10. November 1919

93. Jahrgang

Börse, Valuta und deutsche Wirtschaft.

Das nichttrügerische Bild unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage erhält seine besondere Note durch den geradezu katastrophalen Tiefstand der deutschen Valuta. In dieses an sich schon trübe Bild mischen sich neuerdings nun noch gar höchliche Dinge. Es ist nötig, daß man sich mit dem Verhalten der Börse und mit den Zusammenhängen zwischen Börse und Valuta beschäftigt. Was augenblicklich an der Börse vorgeht, läßt alles hinter sich, was man bisher in der Geschichte der Spekulation erlebt hat. Es werden heutzutage täglich, nein stündlich, ja selbst von Minute zu Minute Beträge umgelegt, die nicht in die Tausende, sondern in die Hunderttausende, ja selbst in die Millionen gehen. Eine rasende Spekulation wird vor allem getrieben mit den auf ausländische Währung lautenden Wertpapieren. Es hat sich in den letzten Tagen mehrfach ereignet, daß nicht etwa im Verlauf eines ganzen Börsentages, sondern von einer Minute zur anderen Kursveränderungen von 50, 100 und mehr Prozent notiert werden. Das sind natürlich ganz ungeheure Verluste. Und man muß die erste Frage aufwerfen, ob die Regierung dieses Treiben an der Börse, das auch mit einer Hauptursache der rasenden Entwertung der deutschen Valuta bildet, die nötige Aufmerksamkeit zuwenden. Die Interessen unserer Gesamtwirtschaft verlangen gebieterisch ein entschlossenes, aber auch ein rationales Eingreifen.

Es ist für uns Deutsche ein tiefbedauerndes Schauspiel, daß es Deutsche selbst sind, die an dem Fall des deutschen Geldes sich bereichern. Das kommt auf eine Spekulation mit dem wirtschaftlichen Niedergang und dem damit verknüpften Unglück Deutschlands heraus!

Was aber weiter geschehen muß, ist die unverzügliche Wiederherstellung der Zollgrenzen im Westen. Neben die Abzehrung werden Waren in Millionenwerten geschmuggelt und man kann schier mit der Uhr in der Hand den Tag und die Stunde berechnen, da wir überhaupt nicht mehr finanziell auskömmlich sein werden. Dann wird aber auch der Zeitgeist gekommen sein, in dem wir vollends in das finanzielle Loch unserer Wegener geraten. Welch eine Wirtschaft deutschen Kapitals liegt allein darin, daß innerhalb der wenigen Monate seit der Befreiung des innerdeutschen Gebietes das reichsdeutsche Deutschland für nicht weniger als annähernd 2 Milliarden Mark allein für englische und amerikanische Zigaretten ausgegeben hat. Spricht nicht allein diese Tatsache von dem ungeheuren Entwert unserer Wirtschaftslage und ist sie nicht andererseits ein betrübendes Zeichen für die Oberflächlichkeit und Verderblichkeit, mit der in weiten Schichten der Bevölkerung unsere Wirtschaftslage betrachtet wird? Die ungeheuren Summen kommen nur bei Schiebern vor händen und drüben zugute, das Volk in seiner großen Masse hat den Nachteil. Es ist eine wertvolle Erweiterung der Volkserziehung, wenn man deutschereits glaubt, sich an ausländischen und dabei in ihren gesundheitlichen Wertes sehr problematischen Genussmitteln zu ergötzen. Unterdessen liegen Milliarden und Abermilliarden deutschen Papiergeldes im Ausland, um dort noch kaum den Papierwert zu besitzen. Bei alledem erhebt sich eine ernste Gefahr im Hintergrund: Die deutschen Waren werden zu Spott- und Schleuderpreisen auf den Auslandsmarkt kommen. Wir setzen uns erneut dem Vorwurf des „Dumping“, der schmerzhaften Schleuderkonkurrenz aus. Das aber kann zur Folge haben, daß man uns die weinigen noch offenen Märkte verliert und die anderen nicht öffnen wird.

Es ist eine unheilvolle Verdrängung und Verteilung unglückseliger, ineinander unlösbar verbundener Ursachen, die im einzelnen, wie in ihrer Gesamtheit zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft wirken. Die Gefahr, die daraus für die innerwirtschaftliche Lage, wie damit auch für das innerpolitische Leben Deutschlands erwächst, kann gleichfalls nicht ernst genug betrachtet werden. Ein weiteres Sinken des deutschen Marktwertes wird eine Erhöhung der Preise im Innland zur Folge haben, gegen die die bisherigen Erhebungen nur ein Vorbild waren. Das aber würde erneute Lohnforderungen, damit aber auch schwere wirtschaftliche Kämpfe hervorrufen. Die Industrien werden weiter stillgelegt werden müssen, die Arbeitslosigkeit wird wachsen, die Unzufriedenheit und Wut, die sich nach dem Eintritt der Kohlen- und Verkohlung des kommenden Winters eines Tages gewaltig äußern möchte. Was aber dann?

Nichts anderes kann helfen, als Besinnung auf Pflicht und Mühe zu geordneter Arbeit, Unterbindung der maßlosen Spekulationen an der Börse, Wiederherstellung unserer Zollgrenze im Westen und über allem ruhend aber mit all dem Selbsten in enger Verbindung stehend: Sicherung u. Steigerung unserer Produktion! Die Regierung muß mit fester Hand die Führung ergreifen, es ist die zwölfte Stunde!

Zum Gedenktag der Revolution

wurde von der Schwäbischen Liga zum Schutze deutscher Kultur (Stuttgart) geschrieben.

Keine Revolution der Geschichte hat zunächst ungeteilte Empfindungen und Erinnerungen hinterlassen. Auch die deutsche Revolution vom November 1918 nicht. Sie bedeutet

heute noch für die verschiedenen Volksschichten Verschiedenes; sie wird von Millionen als ein langersehntes Glück, von ebenso vielen als das größte Unglück angesehen.

Deshalb kann der Gedenktag der Revolution kein nationaler Feiertag sein, heute noch nicht, zumal er schwarz überschattet ist von dem Zusammenbruch unserer äußeren und inneren Front, der uns auf Gnade und Ungnade unseren Feinden ausgeliefert hat.

Ein Streit über das Für oder Wider dieser schwankenden Meinungen im Volke ist unnützlich. Die Revolution ist eine geschichtliche Tatsache, mit der wir uns abzufinden haben und es liegt allein in unserer Hand, dafür zu sorgen, daß ihre Folgen unserem Volke zum Segen werden.

Sie darf nicht in Verborgenheit erklärt werden. Wir müssen aus der Revolution, aus dem Umsturz, zur Evolution, zur friedlichen und gesamtlichen Entwicklung gelangen. Es ist genug und übergenug niedergedrückt, es muß aufgebaut werden!

Das bedeutsamste Ergebnis der Revolution ist die neue Verfassung, die freies, die es auf der Welt gibt. Durch sie sind Kräfte frei geworden, die worden gebunden waren. Sie sollen sich im Dienste der Allgemeinheit betätigen.

Freiheit bringt Rechte, aber auch Pflichten. Freiheit ist nicht Willkür und Willkürlichkeit, sie ist gebunden durch das Gesetz, durch die Rechte anderer, deren Beachtung höchste Pflicht ist.

Freiheit ist nicht möglich ohne das Verantwortungsgefühl des Einzelnen der Allgemeinheit gegenüber. Freiheit will verdient sein durch Arbeit an sich selbst und dem ganzen Volk.

Solche Freiheit, wie sie uns die Verfassung gegeben hat, aus dem papierernen Dokument in unser Volk hineinzutragen, auf daß sie hier festen Fuß fassen und zum Segen aller wirke, sei unser Gebührend am dem Gedenktag der Revolution.

Nicht die Diktatur einer Minderheit kann uns aus den Räten der Zeit retten, das kann allein Gemeinschaftsarbeit. Wenn wir die Gegensätze, die uns voneinander trennen, überbrücken und in letzter Gemeinschaft zueinander stehen, das Gute zu mehr, dem Schlechten zu wehren, so wird der 9. November 1918 trotz aller trüben Schatten von heute dem reinsten Gedächtnistag sein können für den Beginn einer neuen Zeit, den Anfang der Erneuerung unserer Volkskraft, der Geländung der Volksgemeinschaft, für die Erhebung eines neuen Deutschlands, wert und würdig der ungeheuren Opfer, die wir dafür gebracht haben.

Die U-Bootwaffe.

Aus den Verhandlungen des Untersuchungs Ausschusses.

Berlin, 7. Nov. Admiral Koch erklärte bei seiner heute fortgesetzten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss, daß die deutschen U-Boote den englischen an Geschwindigkeit wohl unterlegen, an Kampfkraft ihnen aber zweifellos überlegen waren. Der erhoffte Erfolg im U-Boostkrieg ist nicht eingetreten, aber in rein militärischem Sinne sind die Erwartungen übertraffen worden. Führung und Opferfreudigkeit der Mannschaften waren über jeden Zweifel erhaben. Die Ursachen für den Zusammenbruch müssen also auf anderen Gebieten liegen. Wir haben nicht den Jued verfolgt, England auszubürgern, sondern wollten es durch Schiffsräumverluste zu der Ueberzeugung bringen, daß die Zeit gegen England arbeite. England mußte einsehen, daß Deutschland länger durchhalten konnte und würde. Lord George und Ribb. waren schon im Begriffe, nach Rom zu reisen, um dort über einen Verständigungsfrieden zu verhandeln, als gerade in jener Zeit ein dicker gefärbter Bericht des Grafen Czernin den Engländern in die Hände fiel, großes Aufsehen erregte und den Aufbruch erweckte, daß Deutschland vor dem Zusammenbruch steht. Der Verständigungsgedanke wurde insgeheim fallen gelassen. Der einzige Fehler des U-Boostkrieges war, bei berechtigten Aussichten auf volle Wirkung und Erfolg, daß er nicht früher eingesetzt hat.

Nach den Mitteilungen des Admirals Koch waren an der Front im Februar 1917 103 U-Boote, im März 121, April 124, Mai 128, Juni 130, Juli 131, August 132, September 133, Oktober 134. Staatssekretär A. Helfferich stellt dann fest, daß nach den englischen Angaben weit über 8 Millionen Tonnen versenkt, über 7 Millionen hanovert wurden. Diese 15 bis 16 Millionen Tonnen gingen weit hinaus über das, was von uns als versenkt gemeldet wurde. Unsere Schätzungsverfahren waren nach dem Ausspruch des Admirals Koch so zuverlässig, wie es nur der gewissenhafte Deutsche machen kann; der Engländer hätte das nicht getan. Auf eine Frage des Vorsitzenden Wurmuth, ob die Möglichkeit bestand, im Januar an die ausgelassenen U-Boote die Befehle gehen zu lassen, mit dem rücksichtslosen U-Boostkrieg noch nicht zu beginnen, erklärte Admiral Koch: Den Befehl zu geben, war technisch natürlich möglich. Die Uebermittlung des Befehls hätte aber höchstens gut Glück erlangen können. Am Schluß der heutigen Sitzung wurde der Abg. Struww als Frage über die Aussagen vernommen, die im Hauptprotokoll des Reichstages von Admiralität und Reichsmarineamt über die U-Boostwaffe gemacht worden sind. Wichtig ist, daß die Zahl der frontvertrieben U-Boote im Laufe der Jahre 1917/18 auf 36, 43,

47 und noch weiter gestiegen ist. Aber selbst unter Anrechnung aller verlorenen U-Boote und der noch nicht erbauten U-Boote ist die Gesamtzahl der vorhandenen U-Boote niemals 400, wie Staatssekretär Capelle erklärte, sondern höchstens 300 gewesen. Im ganzen Jahre 1913 sind nur drei U-Boote, im Jahre 1914 bis zum 11. August ist nur ein einziges U-Boot bestellt worden. Während des ganzen Jahres 1914 sind unter a. Trupp 50 000 Tonnen bestellt worden, ein Beweis, wie wenig unsere Industrie für den U-Boostkrieg ausgenutzt worden ist. Die Werften hätten 1917 139 U-Boote bauen können; bestellt wurden nur 56. Sitten um Nachbestellungen wurden abschlägig beschieden, vielmehr sind sogar Ruhepausen im U-Boostbau angeordnet worden, um den Kreuzerbau nicht zu beeinträchtigen. Am 1. Juli 1917 waren nach den Angaben des Herrn von Capelle 158 U-Boote fertig und 250 im Bau. Tatsächlich waren nur 150 im Bau, während die anderen erst Ende 1917 begonnen wurden. — Herr v. Capelle behält sich vor, in der am Dienstag vormittags 10 Uhr stattfindenden Sitzung ausführlich auf die Reaktionen des Abg. Struww zurückzukommen.

Tages-Neuigkeiten.

Rückstände der Friedenskonferenz.

Aus einer vom Kabinettsrat aufgestellten Liste geht hervor, daß von der Friedenskonferenz noch folgende Punkte zu erledigen sind: 1) Die türkische Frage, 2) die russische Frage, 3) der Frieden mit Ungarn, 4) die adriatische Frage, 5) die nachträgliche Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Estland und durch Rumänien, 6) die Festlegung der polnischen Ostgrenze, 7) die Entscheidung über das Schicksal von Ostpreußen und 8) die besonderen Verträge mit Griechenland, Südspanien und Rumänien über den Schutz der nationalen Minderheiten. — Der Kabinettsrat entscheidet, daß die erste Zusammenkunft des Rates des Völkerbundes in Paris stattfinden solle.

Gegen die neuen Erpressungen der Entente.

Der Verein Hamburger Redner hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung geschickt: Die im zweiten Protokoll des Friedensvertrages von der Entente niedergelegten Forderungen bedeuten mit der verlangten Auslieferung von Schiffsbauern und Kräften nicht nur für die zunächst betroffenen Werften, sondern auch für die deutsche Seeschiffahrt überhaupt eine schwere Gefährdung, mit der Abgabe von Seefahrern eine Bedrohung des gesamten deutschen Seehandelsverkehrs und die Beugung von Schiffern würde, soweit Seeschiffer in Frage kommen, auch die Seefischer in Mitleidenschaft ziehen und damit den für unser Wirtschaftsleben so wichtigen Seeschiffverkehr lahm legen. Die unaussprechlichen Folgen dieser Auslieferung wären zahlreiche Arbeiterentlassungen in den Werften, Seeschiffahrt und Hafenbetrieben. Wir bitten daher dringlich, den mit nichts zu rechtfertigenden Forderungen der Entente, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft völlig zur Unmöglichkeit machen würden, den allerhöchsten Widerstand entgegenzusetzen und die Durchführung mit allen Mitteln zu verhindern. — Auch der deutsche Seeschiffahrtsausschuss wandte sich in gleichem Sinne telegraphisch an die Reichsregierung.

Jur Lage in Berlin.

Durch den Sieg der Bewegung in der Berliner Gewerkschaftskommission ist, wie es in der Zeit. Volksw. heißt, das Wirtschaftswesen Groß-Berlin noch einmal vor dem Abgrund bewahrt worden, das die Streikleitung der Berliner Metallarbeiter und der Rote Volksrat mit dem Generalstreikbeschluss heraufzubekommen schien. Die Berliner Arbeiterbewegung kann nunmehr mit Ruhe prüfen, welchen Führern sie die Leitung ihrer Kämpfe anvertrauen will. Die Unternehmungen können sich andererseits keine besseren Hilfsarbeiter wünschen, als in der Streikleitung und im Roten Volksrat sitzen. Das Vorbild dieser Arbeiterführer ist Dan Cawchote.

Die Gewerkschaften erkennen an, daß auch unsere sozialistischen Minister in außerordentlichem Maße die volle Willensstärke zur Bekämpfung des Radikalismus gefunden haben. Darob wird ein Gefühl der Erleichterung durch alle ordnungsliebenden Elemente des ganzen deutschen Volkes gehen.

Tumulte in Neuhöll.

Berlin, 8. Nov. Anlässlich der von dem Reichsjustizminister beantragten Verweigerung der Mittel für den Neuhöllener Arbeiterrat kam es in der Stadtverordnetenversammlung von Neuhöll gestern zu hitzigen Vorgängen. Auf der Straße lärmt laut Wolf. Ja, eine große Menschenmasse, die die Kommunisten und Unabhängigen in zwei großen Versammlungen vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung zusammengebracht hatten. Die Türen zum Rathaus mußten verschlossen werden, als sie vorübergehend geöffnet wurden um einigen Tribünenbesuchern, die über Eintrittskarten verfügten, Zutritt zu gewähren, störte die Menge die Türen. Die Ordnungsliebe besahen nicht nur die Tribünen, sondern betrat auch den Sitzungssaal, wo sie einige Stadtverordnete sichtlich mißhandelten. Polizeibeamte verwehrten das Rathaus.



Abgeordneter Haase.

Der Abg. Hugo Haase, der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist am Freitag vormittag 1/9 Uhr verstorben.

So hat der Schicksal eines Wahnsinnigen, des Arbeiter Johannes Hoff, der nach dem Urteil der Ärzte infolge seiner geistigen Minderwertigkeit für seine Tat nicht einmal verantwortlich gemacht werden kann, das Schicksal gesetzt und die rasche Operation des Abgeordneten Haase hat das entsetzliche Leben nicht mehr retten, nur noch hinauszuverschieben können. Rein menschlich schon ist dieses Ende einer Wahnsinnsthat tief zu bedauern, dann aber auch, weil es zu innerpolitischen Weiterungen führen kann. Als der Aufschlag auf Haase gefallen war, wurde von seinen politischen Freunden damit agitiert, daß der Betroffene ein Opfer seiner politischen Anschauung sei. Trotzdem gegenüber dieser Mode besteht, daß es sich um einen Akt völlig unpolitischer Natur handelt, wird es nicht ausbleiben, daß der Tod des Opfers wiederum für politische Zwecke dienstbar gemacht wird.

Hugo Haase ist als Sohn eines jüdischen Kleinhandlars am 29. Sept. 1863 in Alsenstein geboren. An der Universität Königsberg studierte er Jura. Seit März 1889 arbeitete er in Königsberg seine Praxis als Rechtsanwalt aus, wobei er in enger Fühlung mit dem Proletariat kam und dessen Vertrauensmann in der Stadtverordnetenversammlung wurde. Am 10. April 1897 wurde er an Stelle Wühlings in die Antikriegs- und freiwirtschaftliche Volkspartei als sozialdemokratischer Kandidat in den Reichstag gewählt, dem er bis 1907 und ab 1912 wieder angehörte. Bei Kriegsbeginn setzte er, der 1911 Parteivorstand geworden war, in Leipzig eine große Friedensdemonstration in Szene.

Am 4. August 1914 stellte er sich demnach mit seiner Partei hinter die Regierung. Aber bald wurde er Führer einer Opposition, die sich in den Reihen seiner Partei geltend machte, und so mußte er 1915 aus dem Parteivorstand ausscheiden. Die Revolution machte Haase dann zusammen mit Ober und anderen zum Volksbeauftragten. Bald erwieben sich jedoch die zwei Richtungen der Sozialdemokratie als wenig verträglich, und bei den bekannten Dezentern schied Haase mit seinen Freunden aus der Regierung aus, sich zu ihr mit seiner Partei zugleich in die schärfste Opposition legend, wobei es auf einen Widerspruch mehr oder weniger mit der vorhergegangenen Haltung als Regierungspartei nicht ankam.

Wien vom Untergang bedroht.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nach einem Aufruf des Neuen Wiener Tageblatts ist die Kohlen- und Lebensmittelnot in Wien so hoch gestiegen, daß diese zweitgrößte Stadt deutscher Sprache buchstäblich vor dem physischen Untergang steht. Das deutsche Volk befindet sich selbst in schwerster Not und weiß nicht, ob es die nächsten schweren Monate überleben kann. Die ruhmlose und grausame Blockade der Ostsee hat die turgor-Fuhrer von Nahrungsmitteln aus den skandinavischen Ländern und den beginnenden Fischfang schwer geschädigt und die Entente droht, trotz unzureichender Gründe mit neuen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Das ertrinkende Wien ruft das ertrinkende Deutschland um Hilfe an. Wenn es in der Welt der neutralen und feindlichen Länder noch irgend etwas gibt, das irgendwie innerlich und nicht durch das brüderliche Band von Leben mit dem Menschheitsgefühl zusammenhängt, so müßte letzteres jetzt so stark zum Ausdruck kommen, daß die Regierungen des Vereinten Friedens es nicht mehr wagen dürften, ihr Götzenbild fortzusetzen.

Höhenborfs-Kandbemerkungen.

Die von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Aftenstücke sind an verschiedenen Stellen mit Zusatzen versehen, deren leitender Gedanke ist, daß die Anknüpfung von Friedensverhandlungen erfolglos, wenn nicht schädlich sei, sofern sie nicht mit der Drohung größter Rücksichtslosigkeit gepaart sei, d. h. mit der Androhung des für unsere Feinde empfindlichsten Mittels, nämlich des schonungslosesten U-Bootkrieges, der aber dann auch sichtbar einleiten müßte. In den Zusatzen werden zur Stütze der Friedensbedingungen fordert Höhenborfs u. a., daß Serbien unter keiner Bedingung wiederbetreten werden dürfe. Offserbien müsse an Bulgarien abgetreten, der Rest Serbiens der Monarchie einverleibt werden. Ebenso müßten Nordbalkanien und Montenegro der Monarchie zufallen.

Französische Brutalität!

Berlin, 8. Nov. Progres de la Somme, schreibt zur Kriegsgefangenenfrage: Man muß nicht glauben, daß wir Deutschland lediglich unsere 450 000 Gefangenen zurücksenden werden. Sie werden bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete verwendet. Bevor man sie über den Rhein sendet, muß Berlin zuerst Garantien für die Bestellung von Handwerkern und Technikern geben. Die Rückführung von fast einer halben Million Deutscher kann die an sich schon sehr mäßige Lage unserer Bahnen nicht verbessern, obwohl Deutschland die Jüge stellen muß. Es ist bestimmt anzunehmen, daß noch einige Wochen, wenn nicht Monate vergehen werden, bis die Regierung sich entschließt, die Kriegsgefangenen zurückzusenden, die das wieder herstellen, was ihre Brüder in vorchristlicher Weise zerstört haben.

Volksaufstand in Ägypten.

Kafo, 8. Nov. „Daily Mail“ meldet: In englischen Regierungskreisen wird die Lage in Ägypten mit größter Sorge betrachtet. Es wird von politischen Kreisen nicht verhehrt, daß man es gegenwärtig mit einem Volksaufstand zu tun hat. Ueber Alexandria und Kairo hat der britische Kommandant das Ständerecht verhängt. Die britischen Regierungsgebäude stehen unter starken militärischen Schutz. Aus der Provinz werden zahlreiche Aufstände gegen englische Niederlassungen gemeldet.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 7. Nov. Antich. Die Interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission hat ihre Arbeit für Leichter an der deutschen Küste, jedoch nur für den wechselseitigen Verkehr zwischen den deutschen Häfen, gestoppt. Diese sowie nur geringe Mithierung der über den deutschen Schiffsver-

kehr in der Ostsee verhängten Sperre ist von Wichtigkeit für die Beförderung ostpreussischer Häfen.

Berlin, 7. Nov. Wie die N. Z. berichtet, wird der Lederarbeiter Hoff, der am 8. Oktober die Revoluzzer auf den Abgeordneten Hugo Haase verübte, nicht vor Gericht gestellt werden. Hoff aber wird er als gemeingefährlicher Bestrafungskandidat dauernd in einer geschlossenen Anstalt interniert werden.

Berlin, 7. Nov. Die Abwicklungsarbeiten des Reichskolonialministeriums sind nunmehr durch Kabinettsbeschluss dem Wiederaufbauminister Dr. Gehler unterstellt worden.

Berlin, 7. Nov. Die Entente-Kommission für das Baltikum ist heute früh hier eingetroffen.

Paris, 7. Nov. Der Präsident der österreichischen Delegation übergab am Mittwoch dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dato die Ratifikationsurkunde des Friedensvertrags von St. Germain u. einen Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz, welcher besagt, daß Österreich seine Verfassungsbestimmungen den von den Mächten im Friedensvertrag festgelegten Grundgesetzen angepasst habe. Österreich habe dadurch seine innere Politik dem Willen der Großmächte untergeordnet und vertraue vollständig auf ihren Schutz.

Verailles, 7. Nov. Wie der Privatkorrespondent des Echo de Paris aus Rom meldet, wird der Papst in der ersten Hälfte des Dezember ein Konsistorium abhalten und hierbei eine Rede halten über die Ereignisse der letzten Zeit, vor allen Dingen über soziale Fragen, die den Beteiligten Stahl besonders interessieren.

Verailles, 8. Nov. Wie der Temps aus Straßburg mitteilen kann, ist nunmehr beschlossen worden, mit den Vergrößerungsarbeiten des Straßburger Rheinabfahrs und dem Bau des Parallelskanals von Straßburg nach Hünningen baldig zu beginnen.

Amsterdam, 8. Nov. Times meldet aus Belgrad, daß die serbische Riste der Personen feindlicher Länder, die sich gegen die Kriegsgesetze verhalten haben, außer einer Anzahl Deutscher 25 bulgarische und 600 österreichische Namen enthält. Unter den Deutschen befindet sich auch Feldmarschall von Mackensen.

Rotterdam, 7. Nov. Der Londoner Korrespondent des Reuters Rotterdamischen Content meldet über den Kongress des Rates zur Bekämpfung des Hungers: Bei der Diskussion über die Frage eines internationalen Kredites wurde einstimmig eine große internationale Anleihe mit Bürgschaften gefordert.

Konstantinopel, 8. Nov. Auf der 7. Plenarsitzung der interalliierten Konferenz empfahl England die Anwendung des grundsätzlichen Achtstundentages auch im Handel. Senator von Koch (Sachsen) schlägt eine tägliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden für die ersten 3 Tage der Woche vor, um den 4. Tag zu einem halben Feiertag machen zu können.

Brüssel, 7. Nov. (Havas-Keuter) Der Soire meldet, daß ein belgischer Schiffer, der gegenüber Wiffingen vor Anker ging und die belgische Flagge hißt, von einer holländischen Menge umringt wurde, die die belgische Flagge bedrängte und verbrannte. Die holländische Polizei weigerte sich, einzuschreiten.

Vermischtes.

Großfeuer in der Kaserne der „Franzer“.

Berlin, 7. Nov. Heute morgen kurz vor 8 Uhr brach in der alten Kaserne des Kaiser Franz Gardebrigaderegiments Feuer aus, das sehr schnell gewaltigen Umfang annahm. Er ist möglich, daß es nicht aus Unvorsicht entstand, sondern daß die Ursache Ablicht gewesen ist. Der gewaltige Feuertempel, der mit Militärantenn und alten Militärbetten gefüllt war, stand im Nu in hellen Flammen. Gefährlich wurde der Brand dadurch, daß nicht nur die Tanks der Autos, sondern auch eine Anzahl Benzintankwagen dort lagerten. Im Schuppen befanden sich 35 Militärantenn und über 1000 Militärbetten, die restlos vom Feuer vernichtet worden sind. Der Schaden dürfte sich auf über 1 Million Mark beziffern.

Neues Papiergeld in Sowjetrußland. Das Helsingforscher Blatt „Hufvudsbladet“ (Nr. 298 vom 31. Oktober) berichtet, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen habe, neue Papiergeldwertzeichen in Werte von 15, 30, 60 Rubel, sowie in Werte von 5000 Rubel und 10 000 Rubel in Umlauf zu setzen.

Das künftige Jugendamt und seine Aufgaben.

Dieses neue württembergische Gesetz ist soeben mit dem Kennzeichen „dringlich“ verkündet worden. Die Einteilung des Gesetzes zeigt sofort, um was es sich handelt. Allgemeines, Organisation der Jugendämter (Jugendämter u. Landesjugendamt) Aufsicht über die Minderjährigen, Kostentragung, Schlußbestimmungen. Zur Durchführung der Aufgaben der öffentlichen Jugendfürsorge ist in jeder Kreisoberbehörde von der Amtsversammlung und in jeder großen Stadt von dem Gemeinderat ein Jugendamt einzurichten und für seine Leitung eine Jugendkommission zu bestellen. Die Jugendämter sind für werdende Mütter, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zuständig. Die Zuständigkeit erstreckt sich auf Grund gesetzlicher Vorschriften im Einzelfall bis zur Erreichung der Volljährigkeit. Die Jugendämter haben in Erziehung und, soweit nötig, in Erziehung der Familie der Jugend Schutz, Fürsorge und Förderung angeheben zu lassen. Ihre Tätigkeit umfaßt: 1. Die Förderung der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, 2. die Fürsorge für die Schulkinder außerhalb des Unterrichts und für die nichtschulpflichtigen Kinder, 3. die Pflege und der Schutz der schulpflichtigen Jugendlichen, sowie die Fürsorge für deren Gesundheit, insbesondere durch Unterstützung der auf diesem Gebiete tätigen Vereine und Personen. Im einzelnen übernehmen die Jugendämter u. a. die Geschäfte des Gemeindevorstandes bezüglich der ihrer Zuständigkeit unterliegenden Minderjährigen, die Aufsicht über das Kost- und Pflanzgelderwesen, Erziehung und Berufsausbildung eisenloser Minderjähriger, Berufsvermittlung, Schutz Jugendlicher vor Verwahrlosung, Mißhandlung und Ausbeutung; Unterstützung der Jungs- und Volkshilfsvereine, Fürsorgeerziehung. — Das Jugendamt ist durch Soziale zu errichten. Die Jugendkommission soll ausschließlich des Vorstehenden aus nicht mehr als 12 Personen bestehen, von denen mindestens ein Viertel Frauen sein müssen. Von Amtswegen gehören ihr an: der Oberamts- oder Stadtrat, der Bezirksamtinspektor, ein Richter oder Vormundschaftsrichter. Die Geschäfte besorgt ein Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin im Hauptamt. Die Jugendkommission hat in jeder Gemeinde nach Anhörung des Gemeinderats wenigstens eine in der Jugendfürsorge erfahrene Person zu ihrer Unterfertigung in den Angelegenheiten des Gemeinderats zu bestellen. Das Ministerium des Innern führt als Landesjugendamt die Aufsicht über die Jugendämter. Bei diesem wird ein Landesbeirat für Jugendfürsorge errichtet. — Eingehende Vorschriften sind über die Aufsicht über die Minderjährigen gegeben. Das Jugendamt übt die Aufsicht über die in seinem Bezirk befindlichen eisenlosen, unehelichen und die getrennt von beiden Eltern in den Bezirk untergebrachten ehelichen Minderjährigen aus. Die Jugendkommission ist für alle Gemeinden des Bezirks Wahlort für diejenigen Minderjährigen, die der Zuständigkeit des Jugendamtes unterliegen. — Die Verwaltungskosten sind von den Körperschaften zu tragen, die das Jugendamt eingerichtet haben. Auf Antrag und bei Behürnis leistet der Staat einen Zuschuß. — Verwalter von Stiftungen für Kinder- und Jugendfürsorge haben über die Verwendung der Mittel einer Stiftung, soweit sie durch die Stiftungsurkunde nur allgemein bestimmt ist, zunächst ein Gutachten des Jugendamtes ihres Bezirkes einzuholen. Die Errichtung des Jugendamtes tritt gleichfalls sofort in Kraft, während gewisse Teile der Bestimmungen erst am 1. April 1920 Gesetzeskraft erlangen.

Aus Stadt und Bezirk.

Regrad, den 10. November 1919.

Volks-Hochschule. Die Vorlesungen der hiesigen Volkshochschule werden heute abend eröffnet. Wir weisen darauf hin, daß in der ersten Woche auch solche Personen an allen Kurien teilnehmen können, die sich für die Teilnahme noch nicht gemeldet haben. Erst von der kommenden Woche an beschränkt sich der Kreis der Teilnehmer auf die Angemeldeten.

Der Fernsprechehr mit der Schweiz wird am 10. November in dem Umfang wie vor dem Krieg wieder aufgenommen. Die Gesprächsgebühren betragen im Grenzverkehr statt früher 25 Pf. und 50 Pf. künftig 50 Pf. und 1 M. im übrigen Verkehr statt früher 1 M. u. 2 M. künftig 2 M. und 3.60 M.

Aufhebung der Einschränkung des Stützgüterverkehrs. Die Annahmestelle für Eis- und Frachtgüter ist aufgehoben. Um Störungen und erneuten Sperren vorzubeugen, wird den Verkehrtreibenden empfohlen, den Versand im Benehmen mit den Witterstellen zu regeln.

Schlussschleifung von Kriegsauszeichnungen. Die seit acht Monaten im Gange befindlichen Nachverleihungen Eiserner Kreuze sind nunmehr durchgeführt. Das Reichsministerium hat nunmehr einen Schlußtermin für die Einreichung von Auszeichnungsvorschlägen und -anträgen den 30. November 1919 festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt können Anträge auf Verleihung Eiserner Kreuze, des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe und der Roten-Kreuzmedaille eingereicht werden. Die Frist gilt auch für Kriegsteilnehmer, die bis 1. August 1919 aus der Kriegsgefangenschaft oder Internierung heimgekehrt sind. Nur für Heeresangehörige, die nach dem 31. Juli 1919 heimgekehrt sind, kann auch später noch ein Antrag eingereicht werden. Drei Monate nach Eintreffen des letzten Transportes geht auch für diese die Antragsfrist zu Ende. Die Anträge für entlassene Heeresangehörige sind durch das zuständige Bezirkskommando, für aktive Heeresangehörige an ihren Truppenteilen einzureichen.

Amerikanische Pferde und Maulesel. Pferdezuginspektor Krafft teilte in der Versammlung des Vereins zur Förderung der Pferde- und Mauleselzucht in Weil der Stadt mit, daß die Vorräte aus amerikanischen Armeeständen, Pferde und Maulesel aufgebraucht haben und demnach auch an Nichtkäufern zum Verkauf bringen. Diese Pferde und Maulesel können nunmehr zum Verkauf. Es werden, solange der Vorrat reicht, auch nach Württemberg einige tausend Maulesel und gute Arbeitspferde ab bayrischen Depots verkauft. Man wendet sich am besten an die Landwirtschaftl. An- und Verkaufsstelle Wünnen, Prinz Ludwigstraße 4.

Das Wetter hat sich gestern recht launisch gezeigt. Ein schöner blauer Himmel und heiterer Sonnenschein leiteten die erste Wiederkehr des Geburtstags des neuen Deutschland ein. Am nachmittag aber standen wieder düstere Wolken am Firmament, die uns auch mit ihren nassen Ergüssen nicht verschonten. Infolgedessen war es gestern eine wenig „geburtstägliche“ Stimmung.

Arbeitszeit in Handwerksbetrieben. Durch ein. Verfügung des Arbeitsministeriums im Staatsanzeiger wird bestimmt, daß im Interesse des ungehinderten Fortgangs der landwirtschaftlichen Arbeiten die Inhaber von Handwerksbetrieben in ländlichen Gemeinden, in denen landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge und Geräte usw. hergestellt oder ausgearbeitet werden, namentlich Sattler, Schneider, Schmiede, Wagner usw. die Erlaubnis erhalten, die bei ihnen verwendeten Arbeitskräfte bis einschließlich 31. Dezember 1919 täglich bis zur Höchstdauer von 11 Stunden zu beschäftigen. Für die über 8 Stunden hinausgehende tägliche Arbeitszeit ist der tarifmäßige oder sonst übliche Lohnzuschlag der mindestens 25 % des Grundlohnes betragen muß, zu gewähren. In weichen Gemeinden und Betrieben im einzelnen Fall die gesetzliche oder die durch tarifliche Bestimmungen festgesetzte tägliche Arbeitszeit überschritten werden darf, entscheidet das Oberamt im Benehmen mit der Vertretung der Arbeiterschaft.

Walldorf, 10. Nov. Das Ev. Konsistorium hat die Pfarrei Walldorf dem Stadtvater Theophil Weil in Schorn-dorf übertragen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Besserung in der Brennstoffanlieferung.

Stuttgart, 8. Nov. Nach Mitteilungen, die wir von unterrichteter Seite erhalten, ist es in den letzten Tagen gelungen, als Ersatz für fehlende Kohlen für Süddeutschland laufende Lieferungen von mitteldeutschen Braunkohlenbetrieben zu bekommen. Wie das Landesforstamt mitteilt, wird Württemberg den gebührenden Anteil an diesen Lieferungen haben.

Stuttgart, 8. Nov. Das Württ. Staatsministerium hat einstimmig beschlossen, die Reichsregierung auf das dringendste zu ersuchen, sie möge 1. das gesamte Verkehrs-



in Deutschland mit sofortiger Wirkung einer mit weitestgehenden Vollmachten ausgestatteten Zentralbetriebsleitung unterstellen, 2. Vorfrage treffen, daß auch nach dem 15. November durch geeignete Einschränkungen des Personenverkehrs die Flüssigkeit und ausreichende Leistungsfähigkeit des Güterverkehrs auf allen deutschen Eisenbahnen gesichert ist, 3. den Personenverkehr an Sonntagen auf allen deutschen Eisenbahnen bis auf weiteres untersagen, 4. die Benützung von Personenzugwagen nur an Wertungen und in jedem einzelnen Fall nur gegen besondere behördliche Erlaubnis zu lassen, 5. eine besondere Überwachung zur Sicherstellung regelmäßiger und ausreichender Kohlentransporte auf dem Rhein und durch die Bahn nach Süddeutschland einrichten, 6. eine weitere Einschränkung des Verbrauchs an Gas und elektrischem Strom für das ganze Reich einheitlich vorschreiben und ebenso eine einheitliche Vollzeithunde für alle öffentlichen Lokale, die nicht nach 10 Uhr abends liegen soll. Die Verordnung Süddeutschlands vermag die ihr aufgeworbenen überaus harten Einschränkungen fernhin nur dann zu ertragen, wenn sie die Gewissheit hat, daß die für den Kohlenbezug günstiger liegenden Reichsteile denselben Einschränkungen unterworfen sind.

Stuttgart, 7. Nov. Regierungsrat Dr. Wendle, Vorstand des würt. Landeskohlenamts, ist vom Reichsrat am 20. Oktober als Vertreter der Länder zum außerordentlichen Mitglied des Reichskohlenrates ernannt worden.

Stuttgart, 8. Nov. Zur Erinnerung an die russische Revolution hatte die kommunistische Partei für heute zur allgemeinen Arbeitseinstellung aufgefordert. Die Vertrauensleute der Betriebe aber sprachen sich in ihrer Weisheit dagegen aus, in einigen Großbetrieben wurde auch eine Abstimmung vorgenommen und der Streik abgelehnt. Überall ergaben sich bedeutende Mehrheiten gegen den Streik, so in den Norma-Werken 90 Prozent der Stimmen.

Legte Nachrichten.

Der Jahrestag der Revolution.

Berlin, 10. Nov. Der Jahrestag der Revolution verlief nach den bisher vorliegenden Nachrichten ruhig. Es fanden zahlreiche Versammlungen statt, die sämtlich ohne Zwischenfall abgingen.

Empfehl den Gesellschafter!

Aus Ober- und Niederschlesien.

Berlin, 10. Nov. Die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien haben, wie in den Morgenblättern von zuständiger Stelle bestätigt wird, einen durchaus ruhigen Verlauf genommen. Auch von den Wahlen in Niederschlesien wurden keinerlei Zwischenfälle gemeldet.

Brennstoffabfuhr aus dem Ruhrgebiet.

Essen, 10. Nov. Infolge der Verkehrssperre ist die Brennstoffabfuhr aus dem Ruhrkohlenbezirk wesentlich gestiegen. So wurden am 8. ds. Mts. von den Zechen 18.044 Waggons angefordert, es fehlten nur 338 Waggons; beladen zurückgeführt wurden 16.106 Waggons.

Ein sonderbares Gerücht.

Berlin, 10. Nov. Mehrfache Wittermeldungen sprechen davon, daß der englische Höchstkommandierende Feldmarschall Lord Haig in Berlin weile und im Edenhotel eine Besprechung mit Maximilian Harden, sowie mit Dr. Schlegel und Fräulein Kotten gehabt habe, welche beiden letzteren als Mitglieder der D. N. J. bezeichnet werden. In diesen Meldungen erzählt die D. N. J., daß im Edenhotel eine Anwesenheit des Lord Haig nicht bekannt sei. Maximilian Harden und die beiden anderen Personen erklärten, daß sie mit Lord Haig keine Besprechung gehabt hätten. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß Dr. Schlegel und Fräulein Kotten Mitglieder der Wehrheitssozialdemokratischen Partei sind.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 10. Nov. Zu dem deutsch-polnischen Beamtenabkommen schreibt die D. N. J.: Der Vertrag unterliegt noch der Genehmigung durch den polnischen Landtag. Wenn auch die polnische Regierung mit gewissen Gegenströmungen zu rechnen haben dürfte, so besteht doch kaum ein Zweifel darüber, daß das Provisorium angenommen werden wird. Damit ist das dauernde Verbleiben der Beamten im Lande

gestattet. Es ist nunmehr deren Pflicht, ihre Sorge um ihre Existenz, die gefährdet war, fallen zu lassen und auszuharren. Es besteht übrigens Aussicht, daß der deutsch-polnische Beamtenvertrag nach zwei Monaten in ein Definitivum umgewandelt wird. Deutschland hat ein Interesse daran, daß die zahlreichen in Betracht kommenden deutschen Beamten in Rußland verbleiben, denn auch später ist es für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wichtig, daß dort Ruhe u. Ordnung herrscht, und die deutschen Beamten bilden dann eine Gewähr gegen ev. aufkommende bolschewistische Strömungen in Polen. Ueber den weiteren Gang der deutsch-polnischen Verhandlungen erzählt die „D. N. J.“, daß in erster Linie die Regelung des Minoritätenrechtes getroffen werden wird. In der Kirchen- und Schulfrage besteht bereits eine gewisse Annäherung zwischen den beiden verhandelnden Parteien. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Optionsfrage. Die in Polen verbleibenden Deutschen haben das Recht, für Deutschland zu optieren, und es ist notwendig, daß nun von polnischer Seite vollkommene Optionsfreiheit gewährt wird.

Explosion eines Munitions-Depots bei Ramur.

Versailles, 10. Nov. Nach einem Telegramm aus Brüssel ist nahe dem Fort Viane bei Ramur ein Munitions-Depot in die Luft gestiegen. Von den 15 englischen Soldaten, die das Depot bewachten, sollen 10 umgekommen sein.

Bevorstehende Proklamierung des Königtums in Ungarn.

Versailles, 10. Nov. Wie Daily Mail meldet, soll die Proklamierung des Erzherzogs Otto, des 7 Jahre alten Sohnes Kaisers Karl zum König von Ungarn unmittelbar bevorstehen.

Schweres Boots-unglück.

Kiel, 10. Nov. Bei der Wyder-Lorpedo-Motse kenterte gestern früh 7 Uhr ein im Schlepptau einer Dampfmaschine befindlicher Rutter, der mit Matrosen und jungen Mädchen, die von einem Tanzvergnügen heimkehrten, besetzt war. Das überfüllte Boot schlug um, 15 Personen darunter 7 Mädchen fanden dabei den Tod.

Bei der Schreibung verantwortlich Bruno Wilhelm Wölter, Nagold. Druck u. Verlag von W. G. Hoffmann Buchdruckerei Nagold.

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H.

Postscheckkonto No. 402 Stuttgart.
Telephon No. 26.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 24. Oktober 1919 dürfen

ab 1. Dezember 1919

sämtliche Coupons sowie ausgeloste, gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren nur noch bei Banken zur Einlösung gebracht werden und außerdem nur dann, wenn bei denselben das ganze Wertpapier oder die Couponabogen mit Erneuerungsschein hinterlegt sind.

Beabsichtigen solche Personen, welche ihre Wertpapiere selbst verwalten, die Coupons bei einer Bank einzulösen, so sind dieselben verpflichtet, dem zuständigen Kameralamt ein Verzeichnis ihres Besizes an Wertpapieren unter Angabe des Nennwerts, der Gattung und der üblichen Unterscheidungsmerkmale in doppelter Fertigung einzureichen. Hievon verbleibt eine Ausfertigung bei der Steuerbehörde, während die andere dem Eigentümer mit einem Bestätigungsvermerke des Kameralamts über die Anmeldung zurückgegeben wird. Letztere ist sodann der betreffenden Bank jeweils bei der Einlösung von Coupons vorzulegen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß eine Einlösung von Coupons auf andere Weise nicht mehr möglich ist; es empfiehlt sich also, von genanntem Termin ab weder im privaten noch im geschäftlichen Verkehr Coupons in Zahlung zu nehmen.

Die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren bzw. Couponabogen übernehmen wir zu günstigen Bedingungen und sind zu jeder weiteren Auskunft gerne bereit.

Der Vorstand:
St. Schaalble. Dolmetsch. Lenz.

2034

W e l c h t w i r d e i n n i c h t i g e s
s o l d e s 2014

Zimmer-Mädchen.

Off mit Jequiriken sind erbeten an

Carl Schnauffer
Hotel Adler in Calw.

Brenn-Holz

jeder Art und jede Menge
taut zu höchsten Preisen

R. Schneider
Bietigheim (Wtg.)

Donnerstag, den 13. Nov., abends 8 Uhr
im Festsaal des Seminars

Klavier-Abend

von Willy Bezner.

Werke von Bach, Beethoven, Schubert, Chopin,
Liszt und Schmid.

Karten zu 2,20 M. (numeriert) und 1,10 M. (unnumeriert) — einschl. Konzertsteuer — bei G. W. Zaiser, Buchhandlung ab Dienstag mittag und am Saaleingang. 2036

Sind Sie unter einem?
Glücksstern geboren?

Auf Grund alter astrologischer Hebelwirkungen gebe ich Auskunft über

Zukunft und Schicksal

nach Angabe des Geburtsdatums und einer Schriftprobe. Dank- und Anerkennungsschreiben aus allen Kreisen.

Senden Sie Ihre genaue Adresse, sowie 10 Pfg. in Briefmarken u. Sicerdollen eine wichtige Mitteilung!

Institut Königer
Bayreuth 226
(Bayern).

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein treubeforderter Gatte, unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Joel Walz, Maurermeister

heute früh im Alter von nahezu 61 Jahren nach kurzer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist. In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen die Gattin:

Anna Maria Walz geb. Nicolaus.

Beerdigung Dienstag mittag 2 Uhr.
Altensteig, 9. Nov. 1919. 2039

Handsämaschine „Landwirtschaft“ D. R.-P. angemeldet D. R.-G. M.

Von praktischen Landwirten und hervorragenden Redakteuren glänzend begutachtet.

Jeder Vater, selbst Kinder vermögen durch den Gebrauch von „Landwirtschaft“ sofort den gelibtesten Sämann zu erleben.

Leistung: Mindestens 20 Morgen täglich! (Weichmähigste Bestreuung.) Von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Beste Handhabung. — Unverwundlich. — Preis nur 120 Mk. —

Generalvertreter für Württemberg und Hohenzollern: **Paul Hartmann, Friedrichshafen, Kl. Bergstr. 10.**

Bei der Landkundschaft eingeführte Vertreter sofort überall gesucht.

54 m

Am nächsten Mittwoch von morgens 8 Uhr ab habe ich wieder in Altensteig in der Traube eine Auswahl

Rühe, Kalbinnen u. schönes Jungvieh zum Verkauf.

Max Zürndorfer
Rugviehhändler aus Rellingen.



Oberjettingen.
Die auf 17. d. Mts. anberaumte

Schaftweide-Verpachtung findet nicht statt.

Gemeinderat.

Entlaufen ist ein weißer 2038

Spitzer

auf den Ruf „Spitz“ gehend; vor Anlauf wird gewarnt.

Gebrüder Redt,
Dampfmühlweg, Herrenberg.

Druckarbeiten für Handel, Industrie und Gewerbe fertigt

G. W. Zaiser
Buchdruckerei u. Verlag Nagold.



Bekanntmachung

Gemäß § 2 des Gesetzes vom 29. August 1919 (R.-G.-Bl. Seite 1491) und mit Zustimmung des Zehner-Ausschusses der Nationalversammlung wird eine

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

im Betrage von 5 Milliarden Mark hiermit laut untenstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

I. Die Höhe der Anleihe beträgt 5 Milliarden, rückzahlbar innerhalb von 80 Jahren laut Tilgungsplan (3 Milliarden während der ersten 40 Jahre und 2 Milliarden während der letzten 40 Jahre).

II. Die Anleihe wird in 5 Millionen Spar-Prämienstücken, das Stück zu M. 1000, ausgedrückt und ist in 5 Reihen, die mit Lit. A, B, C, D, E bezeichnet werden, eingeteilt. Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (von 1 bis 2500) und jede Gruppe 400 Nummern (von 1 bis 400).

III. Die Anleihe gelangt unter folgenden Bedingungen zur Zeichnung:

1. Für jedes Spar-Prämienstück von M. 1000 sind als Gegenwert M. 500 in 5% Deutscher Reichsanleihe mit Zinscheinen, fällig am 1. April oder 1. Juli 1920, zum **Nennwert** (siehe Ziffer 2 der untenstehenden Zeichnungsbedingungen) und M. 500 in bar einzuzahlen.

2. Die Zuteilung erfolgt entsprechend der Höhe der Zeichnung; jedoch werden die kleinen Zeichnungen von 1 bis 5 Stück vorzugsweise berücksichtigt.

3. Gewinnverlosungen finden zweimal jährlich am 2. Januar und 1. Juli statt (die erste Gewinnverlosung ausnahmsweise im März 1920, der nähere Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben); bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne im Betrage von M. 25 000 000 gezogen.

Gewinnplan:

5 Gewinne zu M.	1 000 000	M.	5 000 000
5	500 000	"	2 500 000
5	300 000	"	1 500 000
5	200 000	"	1 000 000
10	150 000	"	1 500 000
20	100 000	"	2 000 000
50	50 000	"	2 500 000
100	25 000	"	2 500 000
200	10 000	"	2 000 000
300	5 000	"	1 500 000
400	3 000	"	1 200 000
400	2 000	"	800 000
1000	1 000	"	1 000 000
2500 Gewinne		M.	25 000 000

4. Die Tilgungsauslosungen finden jährlich am 1. Juli statt.

Auf jedes zweite gezogene Spar-Prämienstück entfällt ein mit dem Jahre wachsender Bonus von M. 1000 bis M. 4000.

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus		Zugewinnüberschuss
	Stückzahl jährlich	Wert in M.	Stückzahl jährlich	Wert in M.	
1920—1924	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000
1925—1929	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000
1930—1934	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000
1935—1939	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000
1940—1949	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000

Ein jedes gezogene Spar-Prämienstück bekommt außerdem einen Zuschlag von M. 50 für jedes verlosene Jahr.

Die Gesamtzahl der Stücke, auf die ein Gewinn und Bonus entfällt, beträgt somit 2 900 000, d. h. 58% der Zahl der Spar-Prämienstücke.

5. Ein mit einem Gewinn laut Gewinnplan gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen bis zu seiner eigenen Tilgungsauslosung teil. Die Auszahlung der laut Gewinnplan entfallenden Gewinne erfolgt unter Abzug von 10 %.

6. Die Gewinne werden 2 Monate nach der Gewinnverlosung (erstmalig jedoch am 1. April 1920), die Tilgungssummen, einschließlich der Zuschläge und des Bonus, am 29. Dezember j. J. gegen Vorlage des Stückes das Recht zu, die Rückzahlung des Stückes zum Ende des Jahres bei Annahaltung der Kündigungsschrift von einem Jahr zum Tilgungswert, d. h. zum Nennwert samt den zustehenden Zuschlägen von M. 50 für jedes verlosene Jahr, unter Abzug von 10 % zu verlangen.

Rückzahlungstabelle

eines Stückes von M. 1000 bei Tilgung und Kündigung.

Wenn die Rückzahlung am Ende jedes Jahres erfolgt	bei Tilgung		Wenn die Rückzahlung zu Ende jedes Jahres erfolgt		bei Kündigung	
	St.	M.	St.	M.	St.	M.
1	1050	—	30	2500	60	4000
5	1250	—	35	2750	65	4250
10	1500	—	40	3000	70	4500
15	1750	—	45	3250	75	4750
20	2000	1800	50	3500	80	5000
25	2250	2025	55	3750	85	5250

8. Sollte vor Ablauf von 10 Jahren eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Spar-Prämienstücke dieser Anleihe das Recht, die Stücke vorzuziehen.

Steuerbegünstigungen der Spar-Prämienanleihe:

- Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlasssteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbschaftsteuer. Keine Nachlass- oder Erbschaftsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf 5 Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).
- Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke ergibt, unterliegt nicht der Vermögenssteuer (Vermögenszuwachssteuer). Der Ueberschuss des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragsteuer.
- Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen unter III, 3, 4. zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragsteuer.
- Bei jeder Art der Besteuerung werden die Prämienstücke bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

- Annahmestellen.** Zeichnungstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen.
Zeichnungen werden **von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919 mittags 1 Uhr** entgegengenommen. Früherer Zeichnungs-schluss bleibt vorbehalten.
- Zeichnungspreis.** Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt M. 1000. Nebenbei sind M. 500 in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert bereithalten und M. 500 in bar zu begleichen. Die mit Januar-Juli-Zinsen ausgeschütteten Reichsanleihestücke sind mit Zinscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April-Oktober-Zinsen ausgeschütteten Stücke mit Zinscheinen, fällig am 1. April 1920, einzuzahlen. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April-Oktober-Zinsen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage — 1,25% vergütet.
- Sicherheitsbestellung.** Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit M. 100 für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.
- Zuteilung.** Die Zuteilung findet täglich bald nach dem Zeichnungsschluss statt. Die Art der Zuteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.
- Bezahlung.** Die Zeichner sind verpflichtet, die angezeigten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen. Die Bezahlung hat bei der Zeichnung zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist. Sollen 5% Schuldverschreibungen zur Bezahlung verwendet werden, so ist zugleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausrichtung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldververwaltung, Berlin SW. 68, Oranienstraße 29/30, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Bezahlung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldververwaltung eingehen. Nachdruck zu solchen Anträgen mit Farnvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Bezahlung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsbanknote. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzuliefern.
- Ausgabe der Stücke.** Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920. Schuldverschreibungen erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März d. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernausgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.
- Umtausch der Anleihe.** Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke vom höheren Nennwert als M. 500 in kleine Stücke tauschen.

Berlin, im November 1919.

Reichsfinanzministerium
Anleihe-Abteilung.

Zeichnung durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft.

